



In Kürze:

Was ist Falun Gong und warum wird es verfolgt?

Falun Dafa, auch Falun Gong genannt, ist eine Meditationspraxis aus China, welche in der chinesischen Tradition wurzelt. Sie beinhaltet fünf körperliche Übungen, die gemeinsam mit der tiefgründigen Lehre von Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht zur körperlichen Gesundheit und seelischen Zufriedenheit beitragen.

Wegen dieser wirkungsvollen Effekte erfreute sich Falun Dafa in China sehr schnell großer Beliebtheit. In nur sieben Jahren wuchs die Anzahl der Praktizierenden in China auf über 80 Millionen Menschen, was die Zahl der Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas überstieg. Dies schien dem damaligen Staatschef, Jiang Zemin, zu viel: Seit dem 20. Juli 1999 ist Falun Gong in China verboten und wird verfolgt.

Falun Dafa wurzelt in den Lehren von Buddhismus und Daoismus, die von der KP Chinas seit der Kulturrevolution systematisch bekämpft wurden. Eine Propagandawelle der Lügen und Verleumdungen gegen Falun Gong begann. Zehntausende Menschen wurden seitdem inhaftiert, gefoltert und ihrer Organe beraubt.

www.faluninfo.at

www.chinatribunal.com

<https://faluninfo.net/violent-suppression-of-100-million-people/>



Archivaufnahmen 25.04.1999, Falun-Dafa-Praktizierende protestieren in Peking gegen unrechtmäßige Inhaftierung.

Gedenken an den 25. April 1999

Wie die KP Chinas friedliche Demonstranten taktisch zu Feinden macht

Für schätzungsweise 70 bis 100 Millionen Chinesen war der 25. April 1999 ein Tag, der das ganze Leben verändern sollte. 10.000 Falun-Gong-Praktizierende folgten einem friedlichen Appell im Regierungsviertel Pekings. Es war die größte Demonstration in China seit dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989.

Grund für den friedlichen Appell waren unrechtmäßige Verhaftungen von Falun-Gong-Praktizierenden in Tianjin. Sie stellten sich in ordentlichen Reihen auf den Bürgersteigen auf, schwenkten keine Transparente oder Plakate und riefen keine Parolen. Die meisten machten in aller Stille die meditativen Übungen von Falun Gong.

Hintergrund der Ereignisse

Seit der Machtübernahme 1949 setzte die KPCh häufig politische Kampagnen in Gang, die sich gegen Großgrundbesitzer, Kapitalisten, Intellektuelle und Gläubige richtete. Auch heute noch folgt die KPCh dieser Taktik – man denke beispielsweise an Tibet und die Verfolgung der Uiguren.

1999 richtete die KPCh ihre Aufmerksamkeit auf Falun Gong. Nach einigen diffamierenden Artikeln in den bekanntesten Tageszeitungen Chinas wurde ein Verbot der Veröffentlichung der

Hauptwerke von Falun Gong ausgesprochen. Dabei handelte es sich um die meistverkauften Bücher in Peking. Auch die Anzahl der Falun-Gong-Praktizierenden überstieg die der Mitglieder der KPCh bei weitem. Die Besinnung der Praktizierenden auf die alte Tradition Chinas war der atheistischen Regierung ein Dorn im Auge.

Ruhiger Appell wird instrumentalisiert: Die Verfolgung beginnt

Das Bild der Demonstranten des 25. Aprils war ruhig und gelassen. Die Polizei der Stadt Tianjin hatte den Praktizierenden empfohlen, sich mit dem Appell an das zentrale Petitionsbüro in Beijing zu richten. Dort wurden sie zum zentralen Regierungssitz Zhongnanhai geschickt. Das chinesische Regime kreierte später aber genau diese Aktion an, obwohl sie von ihm geplant war, und bezeichnete den Appell im Regierungsviertel als eine „Belagerung“ der Zentralregierung. Dadurch wollten sie eine landesweite Unterdrückung rechtfertigen und Falun-Gong-Praktizierende als schuldig darstellen.

Zhu Rongji, der damalige chinesische Premierminister, kam heraus, um die Praktizierenden zu treffen. Ein paar Demonstranten durften in das Regierungsgebäude kommen um die Forderungen

Frauengefängnis Shandong: Eines der berüchtigsten Gefängnisse für Folter

Aktuell:

viele Erfahrungen mit den brutalen Foltermethoden gesammelt hat. Wegen ihrer aktiven Beteiligung an der Verfolgung wurde sie 2019 von einer Stellvertreterin zur Leiterin der Abteilung elf befördert.

In die Abteilung elf werden gezielt große und kräftige Gefangene versetzt, um die Praktizierenden zu verfolgen. Auf Befehl von Xu und anderen Wärtern foltern und erniedrigen die Häftlinge die Praktizierenden mit verschiedenen Methoden.

Auch wenn Xu nicht persönlich an der Verfolgung beteiligt ist, leitet sie die Insassen dazu an. Wenn Praktizierende aufgrund der Folter einen Nervenzusammenbruch erleiden, versucht sie, sie dann zu täuschen und „umzuerziehen“. Auf Xus Befehl müssen sich die Wärter ein umfassendes Bild über die Situation jeder einzelnen Praktizierenden machen. Die so gesammelten Informationen werden dazu genutzt, um ihre persönlichen Schwächen gezielt bei der Verfolgung einzusetzen und den Willen der Praktizierenden zu brechen.

Der Kälte ausgesetzt und mit kaltem Wasser übergossen

Wenn sich Praktizierende dagegen wehrten, ihren Glauben aufzugeben, setzten die Wärter sie oft eisigen Temperaturen aus. Einige Praktizierende wurden entkleidet und von Kopf bis Fuß mit kaltem Wasser übergossen.

Im Oktober 2017 wurde Jiang Tao aus Pingdu zu drei Jahren Haft verurteilt.

Beamte brachten sie im Januar 2018 ins Frauengefängnis Shandong. Als eine Gefangene Jiang zwingen wollte, eine Garantieerklärung zu unterschreiben, weigerte sie sich und wurde gefoltert. Jiang musste auf Befehl der Gefangenen regungslos sitzen und geradeaus schauen. Im Winter wurden die Fenster geöffnet, damit sie fror. Einmal übergoss eine Gefangene sie mit kaltem Wasser und trampelte auf ihren Zehen herum, bis sie blau anliefen.

Gao Mingxia aus Qingdao widersetzte sich der Umerziehung und kam in Isolationshaft. Im Winter ließ Xu die Fenster geöffnet und besprühte den Boden mit Wasser, um Gao der Kälte auszusetzen.

Wang Guohong lebt in der Stadt Laixi. Sie wurde acht Tage mit unterschiedlichen Methoden gefoltert. Sie durfte weder schlafen noch zur Toilette, auch Waschen war verboten. Dafür musste sie lange Zeit regungslos stehen. Nachts ließen die Wärter die Fenster geöffnet. Sobald Wang die Augen schloss, spritzte eine Gefangene ihr kaltes Wasser ins Gesicht.

Eine ähnliche Folter erlebte auch Li Li an einem eisigen Wintertag. Eine Gefangene schüttete ihr im Anschluss zwei Schüsseln kaltes Wasser über den Kopf. Li war völlig durchnässt und fing an zu zittern. Um den Kältereiz zu erhöhen, öffnete die Gefangene noch das Fenster. Später musste Li in der nassen Kleidung schlafen, wobei ihr Mund geknebelt und mit einem Handtuch bedeckt war. Die ganze Nacht über stand das Fenster offen.



Foto: Minghui.org

Folter-Zeichnung: Den Mund mit einem Lappen verstopft und ein Handtuch um den Hals gewickelt

Am 20. Juli 1999 leitete der ehemalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) die Verfolgung von Falun Dafa ein. Seither wurden und werden unzählige Falun-Dafa-Praktizierende wegen ihres Glaubens verhaftet, verurteilt und in Haftanstalten, Arbeitslagern und Gefängnissen gefoltert.

Das Frauengefängnis der Provinz Shandong ist als eines der berüchtigsten Gefängnisse für die Folter von weiblichen Praktizierenden bekannt. Die meisten dort inhaftierten Frauen sind in der Abteilung elf untergebracht. Diese verfügt über ein eigenständiges dreistöckiges Gebäude mit einem kleinen Innenhof und ist von den anderen Gebäuden getrennt.

Xu Yumei ist Leiterin der Abteilung elf, ihre Stellvertreter sind Sun Li und Zhao Liyun. Zudem gibt es noch den Ausbilder Feng. Xu arbeitet seit 12 Jahren im Gefängnis, sodass sie im Laufe der Jahre

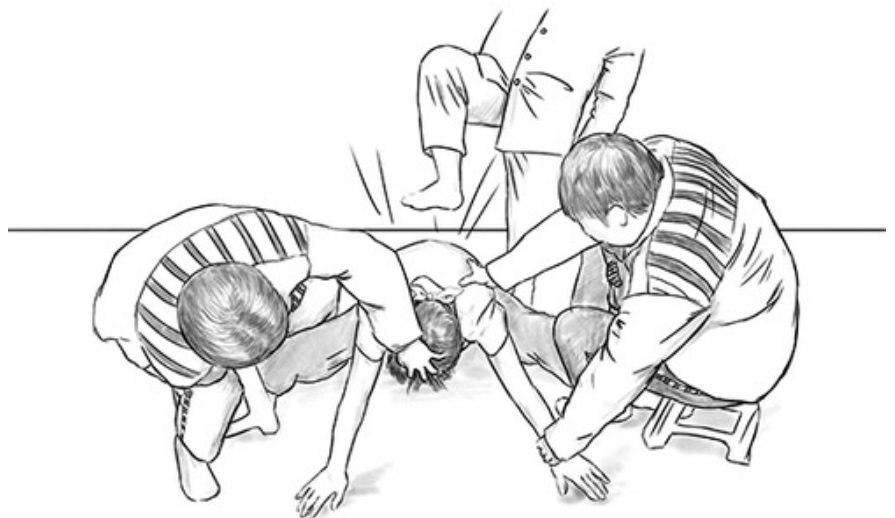


Foto: Minghui.org

Folter-Zeichnung: Die Beine werden so weit wie möglich gespreizt, während Rücken und Kopf zu Boden gepresst werden.

Fortsetzung von Seite 1: Ein Gedenken an den 25. April 1999

der Appellierenden zu überbringen. Sie forderten die Freilassung der Praktizierenden aus Tianjin und die Aufhebung des Publikationsverbots der Bücher von Falun Gong. In wenigen Stunden wurden die Praktizierenden von Tianjin freigelassen.

Um 21.00 Uhr wurde den Praktizierenden draußen mitgeteilt, dass das Regime ihren Bitten zugestimmt hatte, und so packten alle zusammen. Dabei wurde kein Müll hinterlassen und alle machten sich friedlich auf den Weg.

Aber weniger als drei Monate später, am 20. Juli 1999, begann das Regime mit der blutigen Verfolgung der Meditationspraxis Falun Gong. Dazu gehörte eine massive Propagandaaktion, bei der der staatliche Fernsehsender CCTV monatelang ununterbrochen Anti-Falun-Gong-Programme für seine Hunderte von Millionen Zuschauern ausstrahlte, welche auch teilweise im Westen übernommen wurden.

Auch heute noch lässt sich eine ähnliche Strategie der KPCh erkennen: auf ihre Zu-

sicherungen und Worte ist letztendlich kein Verlass, wenn diese mit dem persönlichen Interessen der Machthaber nicht vereinbar sind. Dabei ist die Vorgehensweise immer die gleiche: eine Gruppe wird zuerst diffamiert und separiert, um eine spätere Verfolgung zu rechtfertigen. Im letzten Schritt versucht die kommunistische Regierung dann Profit aus der Unterdrückung der anderen zu schlagen, z.B. mit der Zwangsherstellung von Produkten in Arbeitslagern bis hin zum Organraub an Lebenden.

23 Jahre andauernden Gräueltaten

Im Brennpunkt:

Am 25. April kamen Praktizierende aus verschiedenen Bundesländern vor der chinesischen Botschaft in Wien zu einer Mahnwache zusammen. In einer Rede machten sie Passanten auf die Verfolgung von Falun Gong Praktizierenden in China aufmerksam und erzählten von den Ereignissen vor genau 23 Jahren, die den Beginn der bis heute andauernden Gräueltaten der KPCh einleiteten. Während der Mahnwache drückten Passanten ihre Unterstützung aus und unterschrieben die Petition der Praktizierenden mit der Aufforderung die Verfol-



gung in China schnellstmöglich zu beenden. Mehrere vorbeigehende Kinder freuten sich über selbstgebastelte Lotusblumen, die sie von den Praktizierenden als Glücksbringer erhielten.

Bei der Kundgebung wurden über einen Lautsprecher vor der chinesischen Botschaft in Wien die Geschehnisse vom 25.04.1999 verlesen, um damit einen klaren Schritt gegen die andauernde Propaganda und Verleumdungen des Regimes zu setzen.



Kundgebung in Wien am 25.04.2022 vor der Chinesischen Botschaft.



„Eskalation von Menschenrechtsverletzungen im 21. Jahrhundert: Staatlich geförderte Zwangsentnahme von Organen lebender Menschen“

Falun Dafa weltweit:

Side-Event zum 49. UN-Menschenrechtsrat

Am 22. und 23. März 2022 veranstaltete die Organisation CAP Liberté de Conscience gemeinsam mit dem Co-Veranstalter Doctors Against Forced Organ Harvesting (DAFOH) zwei offizielle Side-Events im Rahmen der 49. Sitzung des UN-Menschenrechtsrat in Genf.

Bei den Veranstaltungen diskutierten Experten aus dem medizinischen, juristischen und politischen Bereichen Lösungsvorschläge, wie die Verbrechen der staatlich organisierten Zwangsentnahme von Organen bei lebenden Gewissensgefangenen in China beendet werden könne.

Dr. Harold King, Stellvertretender Direktor von DAFOH, sagte in der Eröffnungsrede, dass das „ungeheuerliche Verbrechen der erzwungenen Organentnahme bei lebenden Falun-Gong-Praktizierenden seit über zwei Jahrzehnten in der Volksrepublik China stattfindet. [...].“

Hermann Tertsch del Valle-Lersundi, Mitglied des Europaparlaments und Vizepräsident der EuroLat-Delegation forderte in seiner Ansprache den Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen auf „seine Stimme gegen dieses Verbrechen zu erheben, das sich vor aller Augen in der Volksrepublik China abspielt und das nie mit der Intensität, der Wucht, der Vehemenz und der Empörung angeprangert wurde, wie es dieses schreckliche Dauerverbrechen verdient.“

Der US-Kongressabgeordnete Steve Chabot, ranghöchstes Mitglied des Unterausschusses für auswärtige Angelegenheiten

des Repräsentantenhauses für Asien und den Pazifik, sagte:

„Da es sich um eine der barbarischsten Praktiken in der Geschichte der Menschheit handelt, ist es an der Zeit, dass diejenigen, die die erzwungene Organentnahme betreiben, wirklich zur Rechenschaft gezogen werden. Heute, genau jetzt, muss die zivilisierte Welt von China verlangen, diese Praxis ein für alle Mal zu beenden. China muss für diese grobe Verletzung der Menschenrechte zur Rechenschaft gezogen werden.“

Der niederländische Europaabgeordnete Peter van Dalen, Mitglied des Menschenrechtsausschusses und Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südasiens, betonte, es sei sehr wichtig, das Bewusstsein für dieses Problem [Chinas erzwungene Organentnahme] zu schärfen, und dass „Personen in China, die diese Verbrechen begehen, mit Sanktionen belegt werden sollten“. Da die Europäische Union derzeit Wirtschaftsgespräche mit China führt, forderte van Dalen, dass „dieses Thema der illegalen Organentnahme ganz oben auf der Tagesordnung stehen sollte wenn wir über die Handelsbeziehungen mit China sprechen.“

Die Veranstalter wandten sich am zweiten Tag der Veranstaltung an alle Teilnehmer: Wenn eine Verfolgung von solch völkermörderischen Ausmaß stattfindet, dann ist es wie wenn die Menschheit vor einer Jury steht und jeder einzelne antworten muss: „Was habe ich getan, um das Schweigen und die Vertuschung zu durchbrechen?“

Folgende Lösungsvorschläge wurden am Ende der Veranstaltung festgehalten:

1) Verabschiedung eines Strafgesetzes gegen die Zwangsentnahme von

Organen auf nationaler und internationaler Ebene;

2) Verabschiedung von Konventionen, die China und andere Mitgliedsländer der Vereinten Nationen für die Transplantationspraktiken verantwortlich machen und die eine transparente Berichterstattung über die nationalen Transplantationszahlen nach Krankenhaus und Jahr vorschreiben;

3) Einsetzung einer UN-Task-Force zur Untersuchung der staatlich organisierten Zwangsentnahme von Organen bei politischen Gefangenen;

4) Einsetzung eines UN-Sonderberichterstatters für erzwungene Organentnahme;

5) Befürwortung und Förderung der Allgemeinen Erklärung zur Bekämpfung und Verhinderung der gewaltsamen Organentnahme.

In seinen Schlussworten sagte der CAP-Präsident Thierry Valle, dass er hoffe, dass die Veranstaltung das Ziel erreicht hat, „einen konstruktiven Dialog“ zu beginnen. „Wenn wir aus dieser Abwärtsspirale herauskommen wollen“, sagte Valle, „ist die Achtung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch alle Staaten keine Option, sondern eine Pflicht.“

Die Allgemeine Erklärung zur Bekämpfung und Verhinderung der Zwangsentnahme von Organen:

<https://universaldeclarationcpfoh.net>

Die vollständigen Reden finden Sie unter: <https://dafoh.org/side-event-to-the-49th-session-of-the-un-human-rights-council-presentations/>

Herausgeber:

Falun Dafa Informationszentrum Österreich
Am Messezentrum 6, 5020 Salzburg

Redaktion: Julia Wikström, Maria Schörgel,
Magdalena Fischer, Christina Winter,
Sebastian Mayer, Mircea Arthofer

E-Mail: newsletter@faluninfo.at
Web: <https://newsletter.faluninfo.at>

Allgemeine Infos über Falun Gong:
www.falundafa.org
www.faluninfo.at www.de.faluninfo.eu

Wenn Sie den Newsletter (Printform oder E-Mail) zwei-monatlich kostenlos zugesendet bekommen wollen, kontaktieren Sie bitte das Informationszentrum oder rufen Sie +43 664/ 8124220 (Redaktion)

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung von:
Demolsky pro Büro www.demolsky.at
und Kopierinsel GmbH www.werbeinsel.at

Redaktionsschluss: 03.05.2022

Empfänger: